

EINE HOLZBAUSTRATEGIE FÜR MEHR ZUKUNFTSFÄHIGEN WOHNRAUM!

Positionspapier der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Eine Holzbaustrategie für mehr zukunftsfähigen Wohnraum!

Die Fortschrittskoalition hat in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel vereinbart, den Neubau von bis zu 400 000 neuen Wohnungen pro Jahr zu ermöglichen. Die steigenden Wohnkosten sind eine Belastungsprobe für unseren gesellschaftlichen Frieden. Insbesondere durch den Zuzug von Menschen aus Krisengebieten und der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung wird mehr Wohnraum denn je benötigt. Die Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt anzugehen ist eine der zentralen Aufgaben der Ampel-Koalition in dieser Legislaturperiode.

Der Bausektor in Deutschland leidet unter steigenden Baupreisen, einem besorgniserregenden Materialengpass und einem immensen Fach- und Arbeitskräftemangel. Zudem setzen die steigenden Zinsen und die fehlende Vorhersehbarkeit der Marktsituation privaten Investoren zu. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an die Branche hinsichtlich einer CO₂-Reduzierung im Neubau und der Sanierung des Gebäudebestandes. Es ist angesichts der vielen Herausforderungen daher nicht überraschend, dass das Ziel unserer Koalition von 400 000 neuen Wohnungen im ersten Jahr nicht zu erreichen war.

Die Zeitenwende bestärkt uns Freie Demokraten darin, den Gründergeist, die Innovationskraft und das Schaffenspotenzial in unserem Land zu aktivieren. Der Holzbau kann auch ein Zugpferd eines neuen Aufschwungs in Deutschland sein und dabei helfen, die Treibhausgasemissionen im Bausektor zu senken. Der natürliche Rohstoff Holz ist regional verfügbar, leicht zu verarbeiten und bindet darüber hinaus CO₂. Wir sehen daher jetzt die Chance, eine neue, kompetitive Industrie in Deutschland zu entwickeln. Mit knapp 20% liegt die Quote des Holzbaus in Deutschland deutlich unter der unserer europäischen Nachbarn. Die Holzbauwirtschaft wird zur Zeit regulatorisch durch den Gesetzgeber benachteiligt. Wir sprechen uns für eine Technologieoffenheit im Bausektor und daher auch für vergleichbare regulatorische Bauweisen in der Bauwirtschaft aus.

Der Holzbau steht vor massiven Herausforderungen, für die wir politische Antworten brauchen. Die Holzbauweise erfüllt heute schon hohe Brandschutzstandards wird jedoch gegenüber anderen Bauformen benachteiligt. Überbordende bürokratische Hürden insbesondere im Brandschutz, fehlende Musterverfahren und der Regelungsdschungel in den einzelnen Bundesländern erschweren den seriellen Bau, der notwendig ist, um den Holzbau

flächendeckend und kostengünstig umzusetzen. Die neue Holzbaurichtlinie hat leider nicht den erhofften Durchbruch im Bauordnungsrecht der Länder gebracht und die Verfahren sind immer noch umständlich und durch den Föderalismus kleinteilig.

Die gegenwärtigen Krisen könnten die Chance sein, den Holzbau in der konventionellen Bauwirtschaft marktfähig zu machen, unfaire Hindernisse aufzulösen und dadurch unsere klimapolitischen Ziele zu erreichen. Wir müssen schlichtweg alle Potenziale im Markt nutzen, um mehr Wohnungen zu bauen.

Die Bundesregierung stellte im November 2022 die Eckpunkte ihrer Holzbauintiative vor. Der erste Vorschlag der Bundesregierung ist es aus unserer Sicht ausbaufähig. Die Freien Demokraten im Deutschen Bundestag haben daher fünf Handlungsfelder identifiziert, die in die Holzbaustrategie der Bundesregierung noch fehlen, jedoch für die Branche essentiell sind.

1. Der Holzbau muss als Chance verstanden werden, mehr Wohnraum zu schaffen und nicht als Substituierung der konventionellen Bauweise

Der Holzbau muss als zukunftsfähige und klimafreundliche Technologie im Bausektor etabliert werden, um mehr Wohnraum zu schaffen und dabei gleichzeitig die Klimabilanz des Bauens zu verbessern, die durch den Baustoff Holz als langfristiger CO₂-Speicher gesichert wird. Die aktuelle Tendenz der politischen Mitbewerber, konventionelles Bauen zu erschweren, um Bauvorhaben in Zukunft durch Holzbau zu substituieren, lehnen wir ab. Grundsätzlich gilt es in Deutschland zusätzlich zum normalen Neubau, die vorhandenen Wohnraumpotenziale durch Aufstockungen, Nachverdichtungen und Umwandlung von nicht genutzten Gewerbeimmobilien zu nutzen. So können bis zu 2,7 Millionen neue Wohnungen in Deutschland geschaffen werden. Die Potenziale und Eigenarten des leichten und einfach zu verarbeitenden Holzbaus gilt es zu nutzen, um Aufstockungen und Nachverdichtungen in dicht besiedelten, urbanen Gebieten zu fördern und grundsätzlich den industriellen Holzbau für Geschosswohnungsbau in der Fläche zu erschließen, um das Potenzial des klimafreundlichen und bezahlbaren Holzbaus in Gänze auszunutzen. Gleichzeitig drängen auch immer mehr Holzbauprodukte auf den Markt, die Massivbau ermöglichen und dabei die konventionelle Bauweise flankieren und unterstützen können. Denn es ist klar, dass ein vollständiger Ersatz konventioneller Bauprodukte durch nachwachsende Ressourcen voraussichtlich frühestens in einem Jahrhundert möglich wäre. Ziel der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag ist daher durch die Förderung des Holzbaus mehr, schneller und gleichzeitig klimaverträglich zu bauen.

2. Die Länder und Kommunen müssen bürokratische Hürden abbauen

Der Holzbau in Deutschland bleibt nach wie vor weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Die Gründe hierfür sind unfaire politisch gesetzte Rahmenbedingungen. So übertreffen die in den Landesbauordnungen (LBO) abgeleiteten Anforderungen die Schutzziele bei weitem. Der Holzbau kann aufgrund seiner leichten Verarbeitung seine Vorteile am effizientesten in serieller Fertigung ausspielen. Allerdings sind die unterschiedlichen Bauordnungen der Länder dabei ein Hindernis für den seriellen Holzbau. Beispielsweise lässt die Landesbauordnung in Baden-Württemberg und Berlin den Einsatz von Massivholz als tragende, aussteifende oder raumabschließende Bauteile, wie Decken, Trennwände oder Stützen in mehrgeschossigen Wohneinheiten zu. Die Landesbauordnungen anderer Länder hinken hier jedoch noch hinterher. Es ist daher unabdingbar, die schnellstmögliche Harmonisierung der Bauordnungen der Länder voranzutreiben, um den Holzbau zu fördern und serielles Bauen anhand von rechtssicheren Vorgaben im gesamten Bundesgebiet zu vereinfachen.

Wir sehen daher die Überarbeitung der Musterholzbaurichtlinie (MHolzBauRL), die insbesondere den Brandschutz im Holzbau beschreibt, als dringend notwendig an. Die Musterholzbaurichtlinie muss die Anforderungen an die Brandbeständigkeit der aktuellen Forschung anpassen und die über das Ziel hinaus festgelegten Brandschutzvorgaben überarbeiten. Sie muss an die Bedürfnisse des seriellen Bauens angepasst werden und Rechtssicherheit insbesondere für mehrgeschossige Wohngebäude (Gebäudeklassen 4 und 5) schaffen. Grundsätzlich sollte ein Anspruch auf Baubewilligung bestehen, wenn der Bauantrag innerhalb der bestehenden Bauordnung erfolgt. Abweichende Regelungen durch Baubehörden verzögern die Prozesse, setzen unnötige Hürden und verteuern Bauvorhaben.

3. Ein Musterkatalog und Schaffung von Normen verbessern die Akzeptanz in der Baubranche

Um Bauprodukte aus Holz den konventionellen Bauprodukten und auch in der Wahrnehmung gleichzustellen, wollen die Freien Demokraten im Deutschen Bundestag dafür eintreten, eben keine gesonderten Anforderungen an Holzbauprodukte zu stellen. Alle Bauprodukte- und Prozesse müssen und sollen denselben sicherheits- und gesundheitsrelevanten Anforderungen unterlegen und entsprechend genormt sein. Dabei gilt für uns Freie Demokraten, dass wir generell die Normung auf das Nötigste begrenzen wollen, um weitere Baukostensteigerungen zu vermeiden. Notwendig ist daher vor allem, dass Bund und Länder ihre Aufsichtsfunktionen in den verschiedenen Gremien in der Normung wahrnehmen und sich hier personell besser aufstellen oder diese Aufgabe an

staatliche Organisationen mit entsprechender Kompetenz ausgelagert. Dadurch wollen wir sicherstellen, dass die Exekutive eine stärkere Rolle in Kontrolle und Gestaltung hin zu mehr Freiheit, Vereinfachung, Vergünstigung und Prozessverschlinkung einnehmen kann und wird. Um Verzögerungen bei der Zulassung zu vermeiden und mehr innovativen Baustoffen und Prozessen einen schnelleren Markteintritt zu ermöglichen, müssen Bund und Länder die Zulassungsorganisationen, wie das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt), auch langfristig weiter finanziell sicher ausstatten. Gleichzeitig sollten Einzelfallzulassungen für Bauprodukte und Bauprozesse bundeseinheitlich geregelt werden, solange sie nicht länderspezifische Eigenschaften wie Erdbebensicherheit vorweisen müssen. Auch im Rahmen der Zulassungen muss der Bund daher stärker seiner Aufsichts- und Steuerungsrolle nachkommen, um bundesweit gültige Zulassungen schneller zu ermöglichen. Ferner sollte mittelfristig über Zulassungen auf europäischer Ebene nachgedacht werden.

Holz aus heimischen Wäldern und aus unseren Nachbarländern ist durch seine Beschaffenheit als Naturprodukt ein klimafreundlicher Baustoff. Die Initiative, seine Naturverträglichkeit in Form eines Gebäudepasses bzw. Gebäuderessourcenpasses darzustellen, sehen wir als unnötige Regulierung an. Wir dürfen den Holzbau nicht durch weitere unnötige Zertifizierungen einschränken, die zu einer neuen Regulierungswut und Unsicherheit bei Bauträgern führt und das Bauen schlussendlich künstlich verteuert. Die bestehende Zertifizierung von Holz (PEFC) muss jedoch eine Mindestanforderung bleiben, um illegale Rodungen in einer erweiterten EU zu verhindern und die Herkunft des Naturprodukts nachzuvollziehen.

4. Die Aus- und Weiterbildung im Holzbau muss gefördert werden

Die beste Technologie nützt nichts, wenn sie nicht angewendet werden kann. Deutschland ist der Vorreiter im Bereich der dualen Ausbildung. Unsere Ausbildungsberufe erstrecken sich im Handwerk von Maurern, Beton- und Stahlbetonbauern bis hin zu Hochbaufacharbeitern.

Warum gibt es noch keinen nicht-akademischen Ausbildungsberuf im Handwerk, der die Rolle des Holzbaus in Deutschland adäquat abbildet? Wir Freien Demokraten setzen uns daher dafür ein, die Einführung eines Ausbildungsberufs „Holzbau“ oder das Angebot zur Weiterbildung im Holzbau flächendeckend zu etablieren. Ohne Fach- und Arbeitskräfte werden wir politisch formulierte Ziele und Vorhaben nicht umsetzen können. Es ist daher in unserem Interesse, die Aus- und Fortbildung im Holzbau zu fördern und für das Berufsfeld bundesweit zu werben.

Die Rolle der Wissenschaft ist im Holzbau nicht zu unterschätzen. Innovationen und neue Trends werden besonders häufig im Bereich des Holzbaus vorgestellt. Wir kritisieren, dass

Holzbau im Ausbildungsplan für Architekten und Bauingenieure an Hochschulen nur eine kleine Rolle spielt und unterstützen daher Initiativen, die Holzbauweise als Pflichtinhalt in den einschlägigen Fächern zu etablieren. Die gesellschaftliche Nachfrage an klimabewussten Baustoffen, dem zirkulären Bauen und einer hohen Qualität der Bausubstanz bedient der Holzbau hervorragend. Die Forschung und Wissenschaft sollte daher mit Ausarbeitung von Material- und Konstruktionskatalogen beauftragt werden, die diesen Charakter widerspiegelt.

5. Die regionale Waldwirtschaft profitiert vom klimafreundlichen Bauen mit Holz

Die Wälder in Deutschland sind von den Dürreperioden der vergangenen Jahre schwer gezeichnet. Waldbrände, Borkenkäfer und trockene Baumbestände setzen den Förstern und Waldeigentümern zu. Die Branche ist durch den niedrigen Holzpreis und die gewaltigen Investitionen in Aufforstung und Pflege des Waldes in existentielle Notlage geraten. Eine Wertschöpfung zu etablieren, die Holz an regionale Bauunternehmen verkauft und dadurch weitere Treibhausgasemissionen einspart, ist daher ein sinnvolles Ziel der Holzbauwirtschaft in Deutschland. Sie garantiert notwendige Finanzmittel und setzt Anforderungen an einen funktionierenden und stabilen regionalen Wald. Dennoch darf in die Marktregeln nicht eingegriffen werden, da die Preise für den Holzbau so steigen. Neben seiner Funktion als Treibhausgasspeicher kann Holz auch regional genutzt werden. Dies spart unnötige Transportwege und Kosten und steigert die Akzeptanz in der Bevölkerung. Daher lehnen wir auch Forderungen nach einer Ausweitung des Einschlagstopps in Privatwäldern ab.

Der in der Holzbaustrategie der Bundesregierung forcierte Waldumbau zu einem stabilen Klimawald unterstützen wir. Vorgaben, dass in Zukunft weniger Nadelholz und mehr Laubholz im Baubereich verwendet werden soll, lehnen wir ab. Die Branche weiß am besten, welches Holz sie für welche Bauvorhaben verwendet. Ebenfalls sollen Waldbauern und Waldeigentümer selbst entscheiden, welche Bäume sie anhand der regionalen Eigenschaften pflanzen.